

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.30 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige 10 Zeilenlange oder deren Raum 10 Pfennig. Die einseitige 20 Zeilenlange oder deren Raum 20 Pfennig. Die einseitige 30 Zeilenlange oder deren Raum 30 Pfennig. Die einseitige 40 Zeilenlange oder deren Raum 40 Pfennig. Die einseitige 50 Zeilenlange oder deren Raum 50 Pfennig. Die einseitige 60 Zeilenlange oder deren Raum 60 Pfennig. Die einseitige 70 Zeilenlange oder deren Raum 70 Pfennig. Die einseitige 80 Zeilenlange oder deren Raum 80 Pfennig. Die einseitige 90 Zeilenlange oder deren Raum 90 Pfennig. Die einseitige 100 Zeilenlange oder deren Raum 1.00 Pfennig.

Nr. 99.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 30. April 1931.

13. Jahrgang.

Aufwärts den Blick!

Daß es licht im Herzen werde,
wenn du trüb und traurig bist,
senke nicht den Blick zur Erde,
die ja selber dunkel ist.
Auf, zu Gott den Blick erheben.
Seine Gnade fehlt dir nicht;
doch sein Licht kommt nur von oben,
und sein Trost kommt nur im Licht.

Zukun. Sturm.

Umschau.

Vor der Genfer Tagung. — Frankreich, wie es ist. — Der Kampf um die Zollunion. — Französisches Doppelspiel. — Französische Anleihe für Tschschowowien. — Deutschfeindliche Intrigen in den Randstaaten. — Kanalprojekt Bordeaux-Marseille.

In knapp drei Wochen wird die Genfer Ratstagung eröffnet. Die drei Hauptpunkte des Tagungsprogrammes lauten: Deutsch-österreichische Zollunion, Vorbereitung der nächstjährigen Abrüstungskonferenz, Rechnungsbericht Polens wegen des bekannten Wahlterrors gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien und im ehemals preussischen Teilgebiet. Das sind drei Punkte, an denen gerade Deutschland in ganz hervorragender Weise interessiert ist. Daher nimmt es nicht Wunder, daß Berlin schon seit geraumer Zeit in einem diplomatischen Kreuzfeuer steht, um das es nicht zu beneiden ist — ja, daß sogar der „allmächtige“ Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, in eigener Person nach Berlin gefahren ist, um mit der deutschen Regierung zu verhandeln — oder sagen wir besser: zu handeln! Aber für Deutschland gibt es nichts mehr zu handeln. Am allerwenigsten in einer Frage, die für die Zukunft des deutschen Volkes von so entscheidender Bedeutung ist wie das Abrüstungsproblem. Gerade auf dem Abrüstungspolitischen Gebiet ist ja bisher immer nur auf Kosten Deutschlands gekuhandelt worden. Das aber muß jetzt ein Ende haben. Und wenn dieser Tage in den Zeitungen verbreitet wurde, daß es sich bei der Berliner Reise Drummonds „im wesentlichen nur“ (!) um die technische Vorbereitung einer glatten Abwicklung der bevorstehenden Ratstagung gehandelt habe, so tut man zweifellos gut, hinter eine solche Auslegung ein sehr großes Fragezeichen zu machen. Andererseits ist es die todesnächste Pflicht unserer Regierung, nicht nur eine radikale Aenderung der unhaltbaren Personalverhältnisse, wie sie im Genfer Völkerbundsekretariat herrschen, zu verlangen, sondern kategorisch darauf hinzuweisen, daß Deutschland nicht mehr mit sich handeln läßt und zu allen Konsequenzen bereit ist, die sich aus einer weiteren Mißachtung der deutschen Rechte auf dem Abrüstungspolitischen Gebiete — und nicht nur auf diesem — ergeben.

Daß wir von Frankreich nicht das geringste Entgegenkommen zu erwarten haben, ist selbstverständlich. Frankreich ist nur verständigungsbereit, soweit Deutschland alle eigenen Daseinsrechte dem französischen Machtimperialismus und dem gößen Verfall des Opfer bringt. Eine Verständigung um der Verständigung willen kennt Frankreich nicht. Der Durchschnittsfranzose ist viel zu sehr Chauvinist, um sich in die Sorgen und Nöte eines anderen Volkes hineinzuversetzen zu können. Die Briand'schen Verständigungsphrasen sind nichts anderes als mit Esprit geschwängelter Nebel, der den krankhaft nationalistischen Egoismus des Franzosentums vor den Augen der Welt verhüllen soll. Es ist schon richtig, wenn die grundsätzlich demokratisch eingestellte Monatschrift „Die Tat“ in ihrer letzten Nummer schreibt:

„In Frankreich ist noch alles beim Alten! Dieses Wort, 1814 bei der Rückkehr Ludwigs XVIII. vom Grafen von Artois ausgesprochen, hat bis zum heutigen Tag seine Bedeutung erhalten. Nur in Deutschland war es die letzten Jahre in Vergessenheit geraten. Das Beharrungsvermögen der Franzosen nicht ausreichend gewertet zu haben, ist der Vorwurf, den man jenen nicht erheben kann, welche unsere Außenpolitik bis zum Zusammenbruch ihrer Locarno-Hoffnungen geleitet haben. Auf rein deutschen Empfindungen aufbauend, gingen sie davon aus, daß es genügen werde, ein wenig von der modernen Verbundenheit Europas und der Welt zu erzählen und derartige Schilderungen mit den nötigen Wirtschaftsdaten zu würzen, um Deutschland und Frankreich für eine Politik der Verständigung zu begeistern. Auf die französische Bevölkerung aber kann man nur mit dem Hinweis auf nationale Notwendigkeiten Eindruck machen. Was sich der französischen Art nicht gutwillig anpaßt, wird von ihr als feindlich angesehen. Im Kampf dagegen hält für Franzosen jedes Mittel für erlaubt. Vorbehalte, selbst in lebenswichtigen Fragen, empfindet Frankreich sich selbst gegenüber als direkte Unfreundlichkeit. Deutschen wird in solchen Fällen Mangel an gutem Willen vorgeworfen. Wahrhaftig in die Pfinge der heutigen Franzosen eingedrungen sind in

den letzten Jahren allerdings nur vereinzelte Deutsche. Eine auch für Deutschland tragbare Verständigung mit den Franzosen — andere Einigungsformeln sollten für uns gar nicht in Frage kommen, werden aber selbst von deutscher Seite „um der Atmosphäre willen“ allzu oft noch betrieben — ist, wenn überhaupt möglich, jedenfalls im Augenblick nicht zu erwarten. Alles Drängen von unserer Seite, ebenso wie das Sichanbieten immer neuer deutscher Kreise, die aus anderweit gemachten Erfahrungen nicht lernen wollen, hält ihre Zustandekommen nur auf. Auch hemmt es die Entwicklung, wenn wir in Deutschland allen Warnungen zum Trotz auf jeden französischen Wandepprediger hereinfallen. Es wäre für uns verhängnisvoll, denen zu folgen, welche die vorhandenen Unterschiede und Schwierigkeiten bewußt totschweigen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich werden auch in Zukunft noch wiederholt auf des Messers Schneide stehen. Im Kampf um den eigenen Lebensraum darf sich das deutsche Volk davon nicht scheuen. Der Schlüssel für Deutschlands außenpolitische Situation liegt in nächster Zeit stärker denn je bei uns selber. Nichts wäre verfehlter, als uns unter dem Druck der augenblicklichen Schwierigkeiten einseitig nach dem Westen hin zu binden. Dazu dürfen wir weder internationale Kräfte noch Erwägungen verleiten, die ihren Grund anderswo als in rein deutschen Notwendigkeiten finden. Nicht das Ausland, wir selber müssen mit den Fragen fertig werden, vor denen wir heute im Innern stehen.“

Wir haben unseren Lesern in bezug auf die deutsch-französische Verständigung niemals irgendwelche Hoffnungen gemacht. Mancherlei Angriffe, die wir dieserhalb von gewisser Seite erfahren, sind inzwischen gegenstandslos geworden. Die Locarno-Politik liegt in Scherben. Sie ist rascher in die Brüche gegangen, als ihre schärfsten Gegner es erwartet hätten. — Andererseits haben wir nie einen Hehl gemacht aus unserer Ueberzeugung, daß Deutschlands Schicksal nicht im Westen, sondern in Mitteleuropa liegt. Und wir freuen uns, daß die Wien-Berliner Wirtschaftsverhandlungen das mitteleuropäische Problem erstmals und dabei in recht glücklicher Weise beim Schopfe gefaßt haben. Und daß es nun gerade Dr. Curtius, dem auch wir in mancherlei Punkten nicht zu folgen vermochten, ist, der in so hohem Maße an dieser Politik teil hat, ist doch völlig gleichgültig. Hier darf es nicht um Personen gehen, hier geht es um die Sache. Deshalb halten wir es für sehr bedenklich, wenn der Landbund in seinem Schreiben an den Reichskanzler Brüning die deutsch-österreichische Zollunion zwar „begrußt“, ihr aber dann schließlich doch „seine Zustimmung nicht zu geben vermag“. Wir sind die letzten, die für die Interessen des gequälten deutschen Bauernstandes kein Verständnis haben, aber wir vermögen uns nicht zu der Ueberzeugung durchzuringen, daß die Bedeutung des Landbundes, dessen nationalpolitische Bedeutung wir zweifellos zu schätzen wissen, sachlich irgendwie stichhaltig sind.

Uebrigens gibt auch die neueste Phase des französischen Kampfes gegen die deutsch-österreichische Zollunion ein sehr lehrreiches Bild von dem Doppelspiel der französischen Politik. Der französische Gegenplan, der ja nun in seinen Hauptumrissen bekannt ist, wird den Südstaaten von Briand besonders dadurch schmachtend gemacht, daß er ihre Getreideüberschüsse durch Frankreich aufnehmen zu lassen verspricht. Gleichzeitig aber stellt sich der französische Landwirtschaftsminister Tardieu in schärfster Gegenfahse zu dieser außenpolitischen These Briands, indem er den „Schutz des einheimischen Getreides gegenüber der Ueberproduktion des Auslandes“ als eine der vordringlichsten Aufgaben der französischen Staatsführung bezeichnet und ganz offen erklärt, daß Frankreich, „in der Praxis“ (und hierauf kommt es an!) — Der Verf.) unter keinen Umständen bereit sei, das Korn der Donaufelder ungehindert nach Frankreich kommen zu lassen. Die Pläne Briands seien zwar „ideal“, aber ihre Verwirklichung habe sich „praktisch noch immer als unmöglich erwiesen“. Jedenfalls spiele die Getreidepolitik in nationalen Leben Frankreichs eine erste Rolle und die französische Landwirtschaft habe keinen Grund zu der Beforgnis, daß man ihre Interessen auch nur im geringsten preisgeben werde.

Währenddessen sekundiert der tschechische Soziologieprofessor und Außenminister Beneš von Prag aus die mitteleuropäischen Sabotagepläne Briands mit allen Mitteln, indem er sich sogar — wider besseres Wissen — erneut dazu verleiht, Deutschland für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich zu machen. Solche Töne freilich hört man in Paris mit tausend Freuden, und so ist denn auch der klingende Lohn in Gestalt einer großen französischen Anleihe nicht ausgeblieben, die sogar von tschechischen Zeitungen als eine rein politische Angelegenheit gewertet wird.

Aber nicht nur in der Tschechei, sondern auch in den anderen Randstaaten sind die deutschfeindlichen Intrigen des französischen Imperialismus wieder sehr lebhaft im Gange. Da sind die Deutschenausweisungen aus dem Riesengebiet, da sind die französischen Spione in Königsberg, welche die deutsche Regierung ganz unbegreiflicher-

weise auf freiem Fuße gelassen hat, da sind die wiederholten Grenzverletzungen durch polnische Flieger, da ist die endgültige Billigung der Kohlen- und Kanonenbahn von Oberschlesien nach Gdingen durch den polnischen Sejm, mit der wir uns im „Aufwärts“ ja schon seit langem beschäftigt haben, da ist der dreiste Anschlag Polens gegen die primitivsten Hoheitsrechte der „freien“ Stadt Danzig, der jedoch seitens des Danziger Senatspräsidenten Dr. Ziehm eine energische Zurückweisung erfahren hat. Hoffentlich bietet sich auf der bevorstehenden Völkerbundstagung Gelegenheit, die polnische Annäherung — die natürlich von Frankreich weitgehend gedeckt wird — vor breiter internationaler Öffentlichkeit in das rechte Licht zu rücken.

Einen außerordentlich bedeutsamen Auftrieb erfährt der französische Imperialismus durch die gegenwärtige Neuaufrollung eines Kanalprojektes, das darauf abzielt, den Meerbusen von Biskaya direkt mit dem Mittelmeer zu verbinden. Der Kanal soll von Bordeaux über Toulouse nach Marseille geführt werden. 15 Schleusen sollen die verschiedenen Höhenunterschiede des 500 Kilometer langen Großschiffahrtsweges überwinden. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um die ungeheure verkehrspolitische und vor allem seestrategische Bedeutung dieses Kanalprojektes aufzuzeigen. Den an der atlantischen Küste stationierten Schlachtschiffen Frankreichs wäre im Falle eines zukünftigen Mittelmeerkrieges die langwierige Umschiffung Spaniens erspart, sie könnten ohne Rücksicht auf Gibraltar direkt durch französisches Gebiet zum Mittelmeer vorstoßen und damit die Schlagkraft der französischen Flotte ganz gewaltig erhöhen. Die seestrategische Bedeutung Gibraltars würde gleich Null sein. Die Hauptleidtragenden wären England und Italien. Wir haben schon neulich im Hinblick auf die ungeklärte Lage im westlichen Mittelmeer davon gesprochen, daß man sich nicht zu wundern brauche, wenn die englisch-französisch-italienischen Flottenverhandlungen sich wieder schwieriger gestalten würden. Diese Flottenverhandlungen sind ja denn auch inzwischen so gut wie gescheitert, da allmählich auch England einzusehen beginnt, daß der französische Imperialismus keine Grenzen mehr kennt und nicht nur zu Lande, sondern auch zu Wasser nur eine Flagge anerkennt: — die Trikolore!

Aber England hat es ja bis dahin selber so gewollt. Es hat geduldet, daß Frankreich immer mächtiger aufzurüste und daß es vor allem auch über das Gold verfügte, das ihm gestattet, strategische Riesenprojekte wie den Kanal Bordeaux-Marseille in die Tat umzusetzen. Ob die französischen Kammern dem Plane mit der nötigen Mehrheit zustimmen, steht freilich noch dahin. Aber wenn er zur Durchführung gelangt, ist die englische Seegeltung um ein weiteres, sehr beträchtliches Stück geschwächt — und England mag sich dann einige Gedanken darüber machen, daß es selber mit seiner Zustimmung zum Versailler Diktat und den unerhörten Tributlasten den Franzosen die Mittel in die Hände spielte, um sich zum unumschränkten Gebieter Europas und — last not least — des Mittelmeeres aufzuwerfen.

Pan-Europa.

Ein Für und Wider.

(Schluß.)

England vermag sich für den paneuropäischen Gedanken nicht so zu begeistern. Frankreichs militärisch-politische Hegemonie auf dem Kontinent wie Deutschlands mögliche wirtschaftliche Hegemonie mit Einschluß seiner hervorragenden Mittellage schließen eine entscheidende Einflußnahme Englands aus. Englands mit großer Zielstrebigkeit verfolgtes Ziel ist das der Geschlossenheit seines Wirtschaftsimperiums, der Kreislauf der vom Mutterland beherrschten Wirtschaft: Rohstoffzeugende Kolonien, verarbeitendes Mutterland, aufnahmefähige Kolonialmärkte. Diesem Ziele diene die „Freiheit der Meere“, ein Grundsatz, der nur solange Geltung hatte, als England die Meere beherrschte. „Britannia rules the waves.“ Ein aufstrebendes Deutschland, das England die Alleinbeherrschung der Meere nicht mehr gestattete, mußte darum vernichtet, wenigstens niedergehalten werden. Als aber der Weltkrieg den persönlichen Einsatz der Söhne Englands erforderte, das bisher gewohnt war, andere für sich kriegeln zu lassen, als es die Vereinigten Staaten um Hilfe anrufen mußte, da geriet das englische Wirtschaftspragramm ins Wanken. Nach dem Kriege hat England sein altes Ziel wieder aufgenommen. Es währte da politische Freiheit seinen Kolonialländern, wo die wirtschaftliche Verkettung sichergestellt erschien. Englands Hauptgewicht lag vor dem Kriege nicht auf der

Eigenherzeugung der in den Kolonialländern abzuführenden Produkte. Dazu wäre es gar nicht in der Lage gewesen. Sondern in der Wirtschaftsspezialisierung, die produktionsreiche Länder, wie etwa Deutschland, zu Lohn- bzw. Hausarbeitern zu machen sich bestrebt, während der Handel mit diesen Produkten in englischen Händen bleiben sollte. Einem solchen System war der Freihandel angemessen.

Die Nachkriegszeit mit ihrer sehr veränderten Lage ließ auch in England den schützöllnerischen Gedanken aufkommen. Man machte sich klar, welche große Wandlung das bedeutet. Der Weltkrieg hatte eine Verengung des Weltmarktes durch die Schaffung von Eigenindustrien in den Kolonialländern gebracht. Ganz natürlich, da der Krieg ungewöhnlich lange andauerte und die normalen Wirtschaftsbeziehungen unterbrach. Nach dem Kriege war es gezwungen, eine Neuorientierung vorzunehmen und es beschritt den Weg, den Dominions politische Selbstständigkeit zu gewähren, dem Mutterland wirtschaftlich jedoch die Vormachtstellung sicherzustellen durch die Meistbegünstigungsverträge, die die Konkurrenz stark eindämmen.

England wäre an einem Paneuropa sehr wohl interessiert, sofern auf diesem Wege die Vormachtstellung der U.S.A. gebrochen werden könnte, ohne Deutschland jedoch als Folge zu wirtschaftlichem Aufstieg zu verhelfen. Ein Problem, das schwer zu lösen ist, wenn der Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland nicht besteht. In einem Paneuropa aber soll es ja keinen derartigen Gegensatz mehr geben. Amerika bildet einen Wirtschaftskreis für sich. England strebt einen selbständigen Wirtschaftskreis an. England braucht Europa als Lohnarbeiter für seinen Wirtschaftskreis, soweit es nicht den gesamten Bedarf seiner Märkte befriedigen kann. England braucht Europa als Absatzgebiet für seine Kolonialprodukte und findet als schärfsten Konkurrenten — Amerika. Europa ist zum Objekt geworden. Und Deutschland in diesem Europa zur Wirtschaftsspross. Wenn nach neuesten Meldungen Amerika eine neue Regelung der Tributverpflichtungen anstrebt, nicht mehr nach dem Grundsatz der Zahlungsfähigkeit, sondern nach dem der Konsumfähigkeit, so sagt das mehr als lange Erklärungen. Und Deutschland täte gut daran, die Umlagerung recht kritisch zu betrachten. Es nützt nichts, die Augen davor zu verschließen, daß man durch diese Regelung auch rein äußerlich Deutschland als Kolonie des Dollarimperialismus betrachtet. Solange Deutschland Wirtschaftsspross Amerikas ist, solange ist der Traum eines Paneuropas ausgeträumt. Wer möchte so töricht sein, zu glauben, der Dollarimperialismus würde auf eine Wirtschaftsprovinz verzichten, in die es Hunderte von Millionen Dollars investiert hat, von denen es eine angemessene Rente erwartet. Und nebenbei auch einen guten Absatzmarkt. Das zu glauben sind nur deutsche Idealisten fähig.

Ob die Sozialdemokratie auch ernstlich gewillt wäre, was sie nicht ist, dem Dollarimperialismus zu Leibe zu rücken, ob Idealisten ein Paneuropa erstreben, immer müssen sie in Rechnung stellen, daß die Loslösung von Amerika nur möglich ist auf dem Wege des Kampfes um die Freiheit und Selbstbestimmung Deutschlands. Mit welchen Mitteln dieser Kampf ausgefochten wird, steht auf einem zweiten Blatt. Ob durch eigene Kraft ohne kriegerische Verwicklungen, ob im Zusammenwirken beider Faktoren, das sei dahingestellt. Immer aber wird

diese Befreiungspolitik, sei es eine mit dem Ziele des Sozialismus verbundene, sei es mit dem Ziele zur Menschheitsbeglückung ohne Sozialismus, nur möglich sein durch Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes. Und das ist unmöglich, es sei denn durch Gewalt. Es fehlt an einer die inneren Spannungen lösenden und national bindenden Staatsidee. Der Mangel einer solchen wird nicht beseitigt durch Parteiprogramme, noch verdeckt durch Schutz-, Ausnahme- und Notverordnungsgeetze. Oder dadurch, daß man dem Volke einzureden versucht, es habe eine. Das deutsche Volk hat eben keine Staatsidee mehr. Und darum ist es innerlich so zerrissen.

Hat Deutschland ein Interesse an einem Paneuropa? Ist die Frage überhaupt der Erörterung wert, solange nicht die Befreiung vom Dollarimperialismus erfolgt ist? Befreiung vom Dollarimperialismus aber heißt: Zusammenfassung aller Kräfte und Kampf. Etwa in der Richtung, daß das Volk, so nötig es für Deutschland, bei kapitalistischer Betrachtungsweise, zum Aufbau seiner Wirtschaft ist, aus der eigenen Produktionswirtschaft verzinst wird und nicht durch Neuaufnahme von Anleihen, mit denen man die alten abdeckt. Weiter, daß Deutschland aus eigener Produktionswirtschaft Ueberflüsse erzielt, die eine möglichst rasche Amortisierung der Auslandsschulden erlauben. Und drittens, daß nebenher noch eigenes Kapital gebildet wird. Bei kapitalistischer Betrachtungsweise gibt es doch gar keinen anderen Weg. Diesen Weg aber steht der Staatssozialismus entgegen, der im Kommunalsozialismus seinen Anfang nahm. Er hat kein Interesse an der Förderung der Kapitalbildung in Privathand. Blicke nur, wenn eine Verteilung Deutschlands an einem Paneuropa für erstrebenswert gehalten wird, die Ablösung der Verpflichtungen an Amerika durch das reiche Frankreich. Das aber ist doch wahrlich keine Staatspolitik. Denn man tauscht nicht Abhängigkeit gegen Freiheit, sondern Abhängigkeit gegen Abhängigkeit. Verkauft das Recht Deutschlands zur Führung Mitteleuropas.

Es scheint mir müßig, ein Interesse Deutschlands an einem Paneuropa zu untersuchen, solange Deutschland kein souveräner Staat ist, der die Richtung seiner Politik selbst bestimmen kann. Diese Voraussetzung haben die Befürworter eines Paneuropas vergessen. Es ist aber die wichtigste. Wie man es auch drehen mag: „Befreiungspolitik vom Dollarimperialismus“ ist das nächste Ziel.

Löst man sich von der kapitalistischen Denkweise los, dann bliebe nur der Gedanke der offenen Auflehnung. Das wäre — Kampf Deutschlands Seite an Seite mit Rußland gegen den Westen. Das heißt die Brandfackel in das morsche Gebäude Europas hineinwerfen. Anders bleibt noch die auf lange Sicht eingestellte Befreiungspolitik, die allerdings ein wesentlich anderes Gesicht tragen würde, als die der rein westlich eingestellten Weimarer Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie: Erfüllung von Verpflichtungen, um deren Lockerung man täglich einen verzweifeltsten Kampf zu führen hätte. Nebenbei aber die Führung einer Innenpolitik, die sich nicht in Notverordnungen und Ausnahmegeetzen oder der Verteilung von Machtpositionen erschöpft. Als solche innenpolitischen Aufgaben nenne ich: Abbau des Uebergewichtes der Großstädte durch gesunde Heimstättenbewegung. Hier mögen Forderungen gelten, wie sie Pastor v. Bodelschwingh in seiner ersten und einzigen Landtagsrede aufgestellt hat, Forderungen, die, damals erfüllt,

uns nie in eine solche Lage hätten kommen lassen, in der wir heute sind.

Verteilung der Industrie, Verkehr und Fernleitung der elektrischen Kraft ermöglichen heute einen solchen Plan. Es gibt außer der bodengebundenen Industrie auch solche, die nicht an eine Zusammenballung geknüpft ist. Vermünftige Siedlungspolitik. Preußen ist stolz darauf, was es im Osten in dieser Beziehung geleistet hat. Ich erkenne gerne das Gute an, auch wenn es von einer Parteiregierung kommt, die ihre Aufgabe darin zu erblicken scheint, die bodengebundenen und damit nationalen Kräfte niederzuhalten. Aber der Erfolg entspricht nicht den Mitteln, die aufgewendet wurden. Stärkung des inneren Marktes und Schaffung des inneren Kreislaufes der Wirtschaft. An diesem Punkt scheiden sich die Geister. Die einen glauben an die Fortentwicklung der Industrie in alle Ewigkeit. Zollmauern, die in Europa fallen, bringen der zusammengeballten europäischen Industrie, die auf Expansion eingestellt ist, noch längst keinen vergrößerten Absatz. Uebrigens ist der Schutz Zoll in den einzelnen Ländern nichts willkürliches, sondern eine Staatsnotwendigkeit. Der Staat muß seinem Bevölkerungszuwachs, den das Land nicht mehr ernährt, Arbeit und Brot schaffen. Und das kann er nur durch Einrichtung von Industrien, die zu schützen und zu pflegen seine Pflicht ist. Wer nun will bestimmen, daß diese und jene Industrie in diesem und jenem Lande nicht „naturgegeben“ sei? Geseht den Fall, es gebe eine solche Instanz in Paneuropa und geseht den Fall, die angelegierten Staaten würden sich fügen (mit Ausnahme Deutschlands würde kaum ein Staat geobdigt ein solches Diktat hinnehmen. Deutschland ist an Diktate gewöhnt und sein Idealismus läßt es nur zu leicht Opfer für eine „große Idee“ bringen), wie wollte man in jenen Ländern denn die in diesen nunmehr stillzuliegenden Industrien beschäftigen, ihnen Brot geben. Sie könnten in andere europäische Länder auswandern, in denen ihre Kräfte vielleicht gebraucht würden. Sie würden dort unter Umständen als Lohnarbeiter wirken, da ihre einfacheren Lebensgewohnheiten ihnen gestatten, mit weniger Lohn auszukommen als der englische, teilweise auch der deutsche Facharbeiter.

Gewerkschaftliche Regelungen? Also Bürokratisierung der Wirtschaft, die in Krisenzeiten wettbewerbsunfähig macht. Hier können nur einige wenige Fragen angeschnitten werden.

Kolonialpolitik. Deutschland braucht Kolonien. Nicht als Ausbeutungsobjekte, sondern als zusätzlichen Lebensraum. Es ist zu verwundern, daß bisher keine deutsche Regierung, meines Wissens, die Forderung nach Kolonien offiziell aufgestellt hat. Gewiß, Deutschland hat dank seiner Mittellage in Europa und als Brücke zwischen Ost und West eine kontinentale Aufgabe. Seine Zweifrontenstellung bringt schon Reibungspunkte genügend mit sich. Aber die ständig wachsende Zunahme der Bevölkerung und die Unmöglichkeit der Agrarwirtschaft wie der Industrie, diese Massen zu ernähren, zwingt entweder zur Beschränkung des Geburtenüberschusses, oder zur Erstrebung zusätzlichen Lebensraumes. Die künstliche Beschränkung des Geburtenüberschusses führt naturgemäß zur Verdrängung im Osten und damit zur Zusammenballung im Westen. Und endlich zur Explosion, damit zur Selbstvernichtung als Volk und Nation. Kein Paneuropa, wohl aber, soviel an uns ist, Verständigung. Besser aber als höchstes Gut, die jedem Volk der Erde mitgegebene Schöpfungsidee: Freiheit. F. B. M.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Das „Ehrenbuch der Westfalen: Die Westfalen im Weltkrieg“, ein selten schönes, bestens ausgestattetes Prachtwerk, ist im bekannten Verlage Oskar Hinderer in Stuttgart, Friedrichstraße 23 B, jetzt erschienen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Westfale zu allen Zeiten ein guter Soldat gewesen ist. Mit besonderer Freude wurden alljährlich gerade die aus Westfalen kommenden Rekruten, die Söhne der roten Erde, von den Regimentern der kaiserlichen Armee begrüßt. Die westfälischen Bezirkskommandos lieferten anerkannt strammen, nie versagenden Ersatz, zuverlässige Soldaten, die Lust und große Liebe zum Waffenhandwerk schon von Hause aus mitbrachten. Oft konnte man es erleben, daß schon aus Tradition vom Vater und Großvater her immer wieder der mehrpflichtige Nachwuchs bei derselben Kompanie seiner Vaterlandspflicht nachkam, und der galt im Heimatdorf eben nicht als voll anerkannt, der nicht gedient hatte.

Und nun — nach dem furchtbaren Zusammenbruch — wird in vorbildlicher Weise die Treue zur alten Truppe, zum lieben alten Regimente, zur ruhmreichen Regimentsfahne in unseren Gegenden treulich gepflegt. Zu statlichen Regimentsvereinen haben sich die alten Kameraden wieder zusammengefunden. Trotz aller politischen Wirrnisse ist man hier nur Kamerad, der im gleichen grauen Rocke seine Pflicht getan hat. Der Stamm der Niedersachsen hat es wahrlich verdient, daß ihm ein Ehrenmal — sein Ehrenbuch — geschaffen wurde. Die Schwierigkeiten, die heutzutage für jeden Auskunfts-sammler, Truppenforscher vorhanden sind, die haben die Herausgeber und Mitarbeiter glänzend gemeistert. Dem Herrn Oberstleutnant Müller-Loebnitz, dem bekannten Mitarbeiter wertvoller Kriegswerke des Reichsarchivs, ist es vorzüglich gelungen, Mitteilungen von über 70 Formationen, die alle längst nicht mehr bestehen, zusammenzubringen, Abhandlungen, die in jedem Kriegsteilnehmer, der nicht gerade in Palästina oder Mesopotamien gekämpft hat, „stolze Erinnerungen“ an ruhmvolle vergangene ernste

Tage zurückrufen. Vertraute heimische Führer, wie z. B. Generalleutnant a. D. Niebenfahn, Oberst a. D. Eastendyck, Major Freiherr v. Forstner, Hauptmann a. D. von Pilgrim, nehmen das Wort, um ihren Regimentern Gedanken zu schenken. Jeder Deutsche muß und wird gerne aus diesem Werke erfahren, was einstmal die Heeresorganisation zum Schutze des Vaterlandes geleistet hat! Man begreift, mit welchen großen Schwierigkeiten die deutsche Truppenführung schon von der Mobilmachung an zu kämpfen hatte, man beachte z. B. den Geschützverbrauch bei einer der westfälischen Feldartillerieabteilungen. Doch auch für den Nichtsoldaten ist das Lesen dieses Prachtwerkes ein Genuß. Von Selbstaten — wie die der Musketiere Koitka und Bring vor Verdun — vom Selbstaten des Leutnants Wiegmann vom J. R. 15 — vom „Vorsterben“ der Leutnants Frhr. v. Loe und von Mangers vom J. R. 13 an der Somme — vom Feldwebel Brockmann und seinen schneidigen Patrouillen usw. wird berichtet. Ich meine, „Jeder deutsche Jüngling“ findet viele klassische Vorbilder, die alle Berichte aus der antiken Zeit weit übertreffen. Unsere niederrheinischen Schulen, Militärvereine, Turnsportvereine und dergleichen sollten gerne und weitest dieses wertvolle Heimatbuch als Prämie, als Siegespreis geben, in allen Büchereien der Städte und Gemeinden sollte es bald zu finden sein.

Ueber die gigantischen Dimensionen, die der Weltkrieg allmählich annahm, gibt dieses „Ehrenbuch der Westfalen“ mit seinen packenden, bestens ausgestatteten Bildern, mit seinen prachtvollen Skizzen, seinen Plänen, der Darstellung einzelner Episoden und Ergebnisse eine Fülle von Tatsachen, die nicht vergessen sein sollen.

Mit ehrlichem Dank muß und wird der Leser an diejenigen zurückdenken, die ihr Leben für die Heimat dahingaben. Aber auch selbst diejenigen Leser, die nicht an die große Krise des deutschen Vaterlandes zurückdenken werden wollen, finden hier so manche aufheiternde Szene wieder, wie den Gang des englischen Fliegers durch den Stab vom Feld-Art.-Reg. 58 Minden, die Schilderung der 5/370 an der Somme.

Es ist zu begrüßen, daß der Verlag sich bereit erklärt hat, in Anbetracht der allgemeinen Wirtschaftsnot, dieses Werk auch in Teilzahlungen abzugeben. Gerade dadurch wird es vielen Mitkämpfern, den Angehörigen der Ge-

fallenen und verstorbenen Frontsoldaten erst möglich werden, sich das Werk zu kaufen. Hg. Bf.

Aus der evangelischen Jungmännerarbeit.

Am Sonntag feierte der Christliche Verein junger Männer Bielefeld, Papenmarkt 2, sein 70. Jahresfest. Zu gleicher Zeit feierte auch in Bethel der C.V.M. seinen 29. Geburtstag. Der Berichterstatter des „Aufwärts“ kann nur kurz beider Festfeiern gedenken.

Das ist um so eher möglich, als es dabei nicht so sehr um die Feier als solche als um die Sache geht. Wenn ein Verein 70 Jahre oder auch nur 29 Jahre seine Arbeit tun durfte, dann muß man fragen können, ob seine Arbeit für unsere Zeit noch Sinn und Bedeutung hat oder nicht. In mannigfacher Weise müht man sich hier um die Jugend. Das kommt auch bei solchen Veranstaltungen zum Ausdruck und zur Darstellung. Jungvolk, Jung-schar, Jungmännerabteilung, Turnabteilung, Chöre, sie alle möchten in ihrer Weise der Jugend Freude bieten. Man sucht den jungen Menschen ganz zu verstehen und ganz zu erfassen. Bei allem aber bleibt es das letzte Ziel: junge Menschen vor den Anspruch des lebendigen Gottes zu stellen und sie in seine Gemeinschaft zu führen. Aus dem lebendigen Gotteswort ist vor 70 Jahren der erste christliche Jünglingsbund in Bielefeld erwachsen. Dienst an der Seele des jungen Menschen, — das war das Ziel dieses Anfangs, neben dem andere Bestrebungen sich erst später behaupten konnten. Getreu seiner Geschichte muß das darum der innerste Kern evangelischer Jungmännerarbeit bleiben. Denn wir glauben, daß der nur unserm Volke wirklich dient, der ihm von innen her Hilfe und Heilung bringt. „Jugend vor dem Wagnis mit Gott“, so steht's darum als Losung über dem Jahr 1931 deutscher evangelischer Jungmännerarbeit. Es war eine besondere Krönung des Festes, daß Reichsward D. Stange selber dabei sein und zu obiger Jahreslosung zu uns sprechen konnte. „Gott hat es in Christus mit uns gewagt. Wagnis wir es mit ihm?“ Das war die Frage, die er uns mitgab. Eindringlich sprach er nachher auch zur Betheler Jugend.

Möge die Folgezeit evangelischer Jungmännerarbeit segnet sein! Es wird mancherlei gewagt und unternommen. Die Frucht muß ein anderer schießen. S. Steege.

Ein neuer
Die „Tribune“
Meldung, daß
Zweckmäßigkeit
für Österreich
raten werde zur
deutsch-österreich
widerstrebe. D
schusses sei noch
rates vorgef
sie mit diesem
Das Blatt me
schusses werde
schen Zollunion
schuß sei um so
als er unter d
worden sei. Er
die politischen,
sich Grundlag
urteilung der
das deutsch-öster
den Bedingungen
ihre Zustimmung
Es ist bemerk
aus römischen
famen Plan K
wachten er offe
ja in Wahrheit
gen Mächten m

Um
Eine Aufsehen e
— Berlin, 2
Unabhängigkeits
Meldung Berlin
klärung ab, die
„Spanien m
Problem der ka
man unseren
das Problem d
mehr besteht, es
jezt verpflichtet
Entscheidung der
aber die Cortes
können, wenn i
innerhalb der ff

Große M
Wie „G
bevorstehenden
füßte mehr als
schen Garnisonen

Gener
Der eben
neral Berengue
nis gebracht w
sammenhang m
angeordneten C
ziere im vorig
amvalt hat au

Großfer
Durch eine G

In der S
n. Co. in Ma
plozion, die
Sämtliche Wö
Arbeiterinnen
zum Opfer un
ionen, darunte
sich die Expla
davon schwer
der Schiffsab

Wie weite
Explosion in
für die Vertilg
Man nimmt a
tronen die Cher
ein amtlicher
steht jedoch n
Stichflammen
die Erschütteru
zweifelhafte Ge
gedeckt. Eben
größtenteils ge
Nach der f
grundstül furch
deren Kleider
raten waren,

gleich brenn
Als die Feuer
lichterlos in
schwerverletzte
töteten vorläufi
personal der Fe
verletzte und
burger Krank
Schulpolizei sp
fang ab, da b

Kampf gegen Mitteleuropa.

Ein neuer Weg zur Abwägung der Zollunion.

Die „Tribuna“ vom 27. April bringt die überraschende Meldung, daß zwischen London, Rom und Paris die Zweckmäßigkeit einer Einberufung des im Jahre 1922 für Österreich eingeleiteten Finanzkontrollauschusses beraten werde zur Untersuchung der Frage, ob die geplante deutsch-österreichische Zollunion dem Anleiheprotokoll widerspreche. Die Einberufung dieses Finanzkontrollauschusses sei noch vor der Waitagung des Völkerbundesrates vorgesehen. Die „Tribuna“ gibt zu verstehen, daß sie mit diesem eigenartigen Plan sehr einverstanden ist. Das Blatt meint, eine schnelle Einberufung dieses Ausschusses werde das ganze Problem der deutsch-österreichischen Zollunion auf den rechten Weg bringen. Der Ausschuss sei um so mehr geeignet, seine Meinung zu äußern, als er unter den Fittichen des Völkerbundes gegründet worden sei. Er müsse in der Lage sein, unverzüglich alle die politischen, wirtschaftlichen, geschichtlichen und rechtlichen Grundlagen zur Verfügung zu stellen, die zur Beurteilung der Kernfrage erforderlich seien, ob nämlich das deutsch-österreichische Abkommen im Widerspruch zu den Bedingungen stehe, unter denen seinerzeit die Mächte ihre Zustimmung zu der österreichischen Anleihe gaben.

Es ist bemerkenswert, daß die deutsche Öffentlichkeit aus römischen Quellen von einem derartigen recht seltsamen Plan Kenntnis erhalten muß. Sinngemäß bemerkt er offenbar ein Gutachten jenes Ausschusses, der ja in Wahrheit nicht mehr besteht und der von denjenigen Mächten neu zu bestellen wäre, die Österreich im

Jahre 1922 die Völkerbundsanleihe gewährt haben. In diesem Ausschuss sind die an der Zollunion hauptbeteiligten Länder, nämlich Deutschland und Österreich, selbstverständlich nicht vertreten. Das Gutachten könnte also einen Anspruch auf Objektivität nicht erheben. Im übrigen dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß weder die deutsche noch auch die für die Beurteilung dieser Rechtsfrage am meisten beteiligte österreichische Regierung in der Lage wäre, ein derartiges Gutachten in irgendeiner Weise anzuerkennen. Die rechtliche Möglichkeit der Wiedereinsetzung desselben genannten Kontrollauschusses ist nur für den Fall gegeben, daß entweder die österreichischen Pfänder für den Anleihendienst nicht mehr genügen (was ausgeschlossen ist) oder das Gleichgewicht des österreichischen Haushaltes ernstlich gefährdet ist. Beide Vorbedingungen treffen nicht zu. Dagegen gehört eine historische, wirtschaftliche oder juristische Gutachtertätigkeit nicht zu den Aufgaben jenes Ausschusses. Dafür sind vielmehr andere internationale Instanzen da, an die sich Frankreich oder die Tschechoslowakei wenden können, wenn sie das Bedürfnis dazu haben. Die englische Regierung ist bereits diesem rechtlich einwandfreien Weg gegangen, indem sie die Frage vor den Völkerbundsrat brachte. Diesen rechtlich einwandfreien Gesichtspunkt werden sich auch andere Mächte aneignen lassen, die im Völkerbundsrat vertreten sind. Man darf deshalb erwarten, daß auch die italienische Regierung aus ihrer bisher beobachteten Neutralität gegenüber der Frage der deutsch-österreichischen Zollunion nicht heraustritt.

Um die Unabhängigkeit Kataloniens.

Eine Aufsehen erregende Erklärung des Katalanenführers Macia.

— Berlin, 29. April. Der Führer der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung, Oberst Macia, gab, nach einer Meldung Berliner Blätter aus Barcelona, folgende Erklärung ab, die großes Aufsehen erregt hat:

„Spanien muß sich mit allen Kräften bemühen, das Problem der katalanischen Unabhängigkeit zu lösen. Wenn man unseren Forderungen nicht nachkommt, wird sich das Problem derart verdichten, daß keine Hoffnung mehr besteht, es auf friedliche Weise zu lösen. Wir sind jetzt verpflichtet worden, in der katalanischen Frage die Entscheidung der verfassunggebenden Cortes abzuwarten, aber die Cortes werden die Streitfragen nicht beilegen können, wenn sie nicht Katalonien die völlige Freiheit innerhalb der spanischen Föderation gewähren.“

Große Manöver an der Mittelmeerküste.

Wie „Echo de Paris“ berichtet, werden an den bevorstehenden französischen Manövern an der Mittelmeerküste mehr als hundert Kampfflugzeuge aus den französischen Garnisonen teilnehmen.

General Berenguer verhaftet.

— Madrid, 29. April.

Der ehemalige spanische Ministerpräsident General Berenguer ist erneut verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden. Seine Verhaftung soll im Zusammenhang mit der angeblich von ihm ausdrücklich angeordneten Erschießung zweier ausländischer Offiziere im vorigen Jahre stehen. Der Generalstaatsanwalt hat auch eine Untersuchung gegen General

Fernandez Heredia eingeleitet, der unter der früheren Regierung Generalkapitän von Aragonien war.

Der Straßburger „Spionagefall“

Der Hauptverdächtige wieder auf freiem Fuß.

— Paris, 28. April. Das Kartenhaus der angeblichen Straßburger Spionageangelegenheit beginnt in sich zusammenzubrecheln. Der Untersuchungsrichter hat sich bereits gezwungen gesehen, den Hauptverdächtigten Krieger freizulassen. Der Verdacht, daß Krieger zahlreiche Pläne über Befestigungsarbeiten, die in seiner Wohnung gefunden worden waren, an die „Spionagezentrale“ in Stuttgart ausliefern wollte, hat sich als unbegründet erwiesen. Krieger erklärte bei seiner Vernehmung, daß er von seinem Vorgesetzten, dem Geniehauptmann Grassie, die Erlaubnis erhalten habe, zu Hause zu arbeiten. Der als Zeuge vernommene Offizier bestätigte diese Angabe Kriegers und erklärte, daß die aufgefundenen Pläne ganz unwichtig seien und von jedermann beschafft werden könnten.

Es wird erwartet, daß auch die übrigen Verhafteten bald auf freiem Fuß gesetzt werden. Interessant ist, daß einer der bei Krieger gefundenen Pläne einen Panzerturm behandelt, der ein System Krupp ist.

Somit bricht, rascher als gedacht, der Straßburger Spionagefall zusammen, der von vornherein als ein plumper französischer Gegenzug gegen die Königsberger Spionageaffäre betrachtet wurde.

der Explosion weitere Gefahr durch ein großes Lager von Schwefelsäure, das in einem Nachbargebäude untergebracht ist, zu befürchten war.

Die von dem Unglück betroffene Fabrik ist die älteste Saccharinfabrik Deutschlands. Ihre Umwandlung in eine Aktiengesellschaft erfolgte im Jahre 1902. Im einzelnen befaßt sich das Unternehmen mit der Herstellung von chemisch-technischen Produkten, Säuren, Eisensalzen, Düngemitteln und pharmazeutischen Präparaten. Die Herstellung der Giftpatronen spielt sich so ab, daß die verschiedenen chemischen Bestandteile der Patronen in einer großen Mischtrömmel gemischt werden. Es ist möglich, daß sich durch die Umdrehung der Trömmel und die Hitze die Chemikalien entzündet haben und dann ein Explosionsgemisch die Trömmel auseinanderfliegen ließ.

Erdbeben im Kaukasus.

Bisher 10 Tote.

— Moskau über Kowno, 29. April. Nach einer amtlichen Meldung aus Nachtschewan (Armenien) wurde die Stadt von einem starken Erdbeben heimgesucht, durch das zahlreiche Häuser zerstört wurden. Nach vorläufigen Feststellungen wurden 10 Personen getötet. Auch in Tiflis, das 200 Kilometer entfernt liegt, wurden stärkere Erdstöße verspürt.

Begebung von 150 Millionen Mark Schatzanweisungen der Reichspost. Ein unter Leitung der Reichsbank stehendes Konfinkum wird demnächst 150 Millionen Prozente Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost, fällig 1. Oktober 1933, zum Kurse von 96 Prozent zur Zeichnung ausgeben. 100 Millionen davon dienen zur Einlösung fällig werdender alter Schatzanweisungen, der Rest ist zum Ausbau der Anlagen bestimmt.

Endkampf im Kabinett.

Die umstrittenen Zollfragen.

Das Reichskabinett unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Loh, nahm den Bericht über die Ergebnisse der gestrigen Verhandlungen zwischen den beteiligten Ministerien entgegen; dann wurde die gesamte agrarpolitische Lage durchberaten. Die Entscheidung des Kabinetts steht unmittelbar bevor.

Aus dem Landtag.

Der Zeitpunkt der Stellungnahme zu der Frage der Auflösung noch ungewiss.

— Berlin, den 28. April 1931.

Der ersten Sitzung des Preussischen Landtags nach der mehrwöchigen Osterpause ging eine Tagung des Ältestenrats voraus, in der über den Arbeitsplan Beschluß gefaßt wurde. Danach soll der neue Staatshaushaltsplan bis zum 13. Mai in dritter Lesung verabschiedet werden. Das preussische Polizeiverwaltungs-gesetz soll am 11. Mai verabschiedet werden. Die Beratung des Staatsvertrags mit den evangelischen Landeskirchen will der Landtag nach der Pfingstpause beginnen. Wann die Frage der Auflösung des Preussischen Landtags erneut zur Entscheidung gestellt werden wird, ist zunächst noch ungewiss.

Reformvorschläge der Gemeinden

Tagung des Deutschen Landgemeindetags. — Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Neuordnung der Arbeitslosenversicherung.

— Baden-Baden, 29. April.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Landgemeindetags befaßte sich in Baden-Baden mit der Finanzlage der Gemeinden und erörterte dabei in der Hauptsache die Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Landgemeinden. Nach längerer Beratung und Ausführungen des Bürgermeisters Lange-Weißwasser, des Landrats a. D. Dr. Gereke und des Ministerialrats z. D. Schellen wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Nach der amtlichen Statistik hat sich die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den Landgemeinden seit dem 31. August 1930 mehr als verdoppelt. Angesichts der geringen Steuerkraft und der ohnehin besonders großen Finanznot der überwiegenden Zahl der Landgemeinden sind die von Woche zu Woche gestiegenen Ausgaben für die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtserwerbslosen nicht mehr tragbar. Eine Verringerung des völlig unhaltbar gewordenen Zustandes kann nur dadurch herbeigeführt werden, daß mit der größten Beschleunigung eine Reform der Arbeitslosenversicherung, der Krisenunterstützung und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge vorgenommen wird.

Besonders vordringlich erscheint die Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge, in der die bisherige Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge zusammengefaßt werden. Zu den Kosten einer derartigen Reichsarbeitslosenfürsorge sind das Reich mit mindestens 30 Prozent, die Länder mit mindestens 35 Prozent und die Gemeinden mit höchstens 15 Prozent zu beteiligen.

Aus dem Lager der N. S. D. A. P.

Goebbels wieder freigelassen.

— Berlin, 29. April. Der Gauleiter der nationalsozialistischen Partei in Berlin, Dr. Goebbels, der in München verhaftet und in Berlin zum Termin vorgeführt wurde, nachdem er den versprochenen Vorladungen nicht gefolgt war, ist wieder freigelassen worden. Dr. Goebbels weigerte sich, sich zu den acht Forderungen von Beleidigung, die gegen ihn anstehen, zu äußern. Sein Verteidiger stellte Beweisansprüche. Das Gericht beschloß, diesen Anträgen stattzugeben. Die Verhandlung wurde vertagt und Dr. Goebbels vom ferneren Erscheinen zu diesem Prozeß entbunden.

Keine Ernennung Straßers zum norddeutschen Leiter. Die Meldung Berliner Blätter, wonach Gregor Straßer zum norddeutschen Leiter der nationalsozialistischen Organisationen ernannt worden ist, wird von nationalsozialistischer Seite dementiert.

Konsul Fauget überstürzt abgereist.

Der französische Konsul in Königsberg, Pierre Fauget, der an dem Zwischenfall in der Artilleriekaserne beteiligt war, ist, einer Blättermeldung zufolge, überstürzt von Königsberg abgereist, da er zur sofortigen Berichterstattung nach Paris berufen worden ist.

Bericht Brünings an die Fraktion.

Sitzung des Vorstandes der Zentrumsfraktion.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums hielt eine Sitzung ab, an der auch Reichskanzler Dr. Brüning sowie die Kabinettsmitglieder des Zentrums teilnahmen. Der Reichskanzler gab dem Vorstande einen Überblick über die politische Lage. In der nachfolgenden Aussprache wurde bedauert, daß die Ausführungsbestimmungen zum Hilfsgesetz noch nicht erlassen seien. Die schwebenden agrarpolitischen Fragen waren Gegenstand sachlicher Erörterungen.

Der im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion stehende Vorvertrag mit Österreich wurde als im Interesse einer gesunden europäischen Entwicklung liegend gebilligt. In allen berührten Fragen herrschte nach der parteiamtlichen Mitteilung völlige Übereinstimmung mit der Haltung des Reichskanzlers.

Aus Anlaß des Stapellaufs des Panzerkreuzers M findet in Kiel vor dem Reichspräsidenten eine große Flottenparade statt.

Aufhebung des Uniformverbots in Baden.

— Karlsruhe, 29. April. Nach einer amtlichen Bekanntmachung ist das allgemeine Verbot des Tragens der Parteiuniformen und Bundesstrahlen bei öffentlichen Versammlungen und Umzügen aufgehoben worden.

ten lassen, in der

und Fernleitung te einen solchen en Industrie auch ist stolz darauf, eleistet hat. Ich n es von einer be darin zu er damit nationa- Erfolg entspricht rden, Stärkung s inneren Kreischeiden sich die entwicklung der die in Europa europäischen In noch längst kei- der Schutz Zoll in es, sondern eine einem Bevölke- ernährt, Arbeit r durch Einrich- zu pflegen seine diese und jene icht „naturgege- olche Instanz in gliederten Staa- e Deutschlands des Diktat hin- wähnt und sein für eine „große Ländern denn Industrien be- ten in andere en ihre Kräfte en dort unter ihre einfacheren weniger Lohn auch der deut-

urokratisierung bewerbunsfahig Fragen ange-

Kolonien. Nicht tlichen Lebens- keine deutliche ng nach Kolo- eutschland hat s Brücke zwis- aufgabe. Seine spunkpunkte geni- Zunahme der Agrarwirtschaft en, zwingt ent- erfusses, oder Die kuntliche hrt naturnot- damit zur Zu- zur Explosion, Nation. Kein Verständigung. Volk der Erde f. B. V.

erst möglich N. S. D. A. P.

nerarbeit.

verein junger Jahresfest. Zu B. J. M. seinen „Aufwärts“

nicht so sehr geht. Wenn e seine Arbeit ob seine At- tung hat oder h hier um die ranstaltungen gvolk, Jung- a, Chöre, sie Freude bieten. verstehen und as letzte Ziel endigen Got- u führen. Aus ren der Dienst war das Ziel ebungen sich der Gefhliche Jung- daß der nur n innen her Wagnis mit im Jahr 1931 Es war eine rt D. Stange ung zu uns mit uns ge- die Frage, die her auch zur mnnerarbeit d unternom- H. Steege.

